



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN

HENRI BOHNET

11. Juli 2008

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

LÄNDERBERICHT

Neue Koalitionsregierung in Mazedonien

Nach nur zwei Wochen Verhandlungen hat Mazedonien eine neue Regierung. Premierminister bleibt Nikola Gruevski, der seine Partei VMRO-DPMNE bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. Juni zu einem historischen Wahlsieg mit absoluter Mehrheit im Parlament geführt hatte. Regierungspartner wird die albanische DUI, mit der Gruevski über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen wird. Der neuen Regierung stehen alte Herausforderungen bevor: die Lösung des Namensstreits mit Griechenland, die Erfüllung der EU-„Benchmarks“ zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, die Konsolidierung der Wirtschaftsreformen vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise und Inflation, sowie die Umsetzung des Ohrid-Abkommens zur politischen und gesellschaftlichen Integration der albanischen Minderheit.

Regierungskoalition "im besten Interesse Mazedoniens"

Obwohl die konservative VMRO-DPMNE mit dem Erhalt der absoluten Mehrheit im Parlament (63 von 120 Mandaten) nicht auf einen Regierungspartner angewiesen war, hat sich Gruevski für eine Koalition mit einer albanischen Partei im Interesse des interethnischen Friedens im Lande entschieden. Dabei wurde die vergangenen zwei Wochen sowohl mit dem langjährigen albanischen Regierungspartner DPA als auch mit der DUI verhandelt. Aufgrund deren Rivalität untereinander, die während des Wahlkampfes in gewalttätigen Ausschreitungen und dem Tod

eines Albaners mündete, war eine Regierungsbeteiligung beider Parteien – ein Vorschlag westlicher Diplomaten – nicht möglich.

Ausschlaggebend für die überraschende Einigung mit der aus der Rebellenbewegung des Konflikts 2001 hervorgegangenen DUI (als die VMRO-DPMNE mit der DPA in der Regierung war) erscheinen „technische“ Erwägungen des Wahlsiegers: Zusammen mit der DUI besitzt Gruevskis Partei mit 81 Stimmen eine Zweidrittelmehrheit und die sogenannte „Badinter“-Mehrheit der Stimmen der Vertreter der Minderheiten im Parlament. Letztere wird für alle Gesetzesvorhaben benötigt, die die ethnischen Minderheiten betreffen.

Mit Blick auf die im Frühling 2009 anstehenden Kommunalwahlen verfügt außerdem die DUI über eine solide Wählerbasis in den albanisch-besiedelten Gemeinden (14 der 15 Bürgermeister sind DUI-Parteimitglieder), die die Koalition der nationalen auch auf lokaler Ebene über 2009 hinaus untermauern kann. Ferner könnte die konservative VMRO-DPMNE mit der Zweidrittelmehrheit im Parlament – bei erfolgreicher Regierungsarbeit mit dem Koalitionspartner – die für 2009 angesetzte Wahl zur Nachfolge des (sozialdemokratischen) Staatsoberhaupts Crvenkovski mit hoher Wahrscheinlichkeit zugunsten ihres (noch nicht genannten) Kandidaten entscheiden.

Dahingegen muss die DPA in den Augen Gruevskis als unzuverlässiger Regierungspartner in Erinnerung bleiben. Der DPA-Chef Thaci provozierte im Sommer 2007 und im März 2008 eine Regierungskrise und drohte – beides Mal offenkundig aufgrund der Be-

¹ Aussage des VMRO-DPMNE-Pressechefs Dimovski, zitiert nach „Southeast European Times“, balkantimes.com, 8.7.08.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN
HENRI BOHNET

11. Juli 2008

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

nachteiligung albanischer Interessen – ohne Vorwarnung mit dem Austritt seiner Partei aus der Koalition. Premier Gruevski, der sich beides Mal zur gleichen Zeit im Ausland aufhielt, war offenbar vorab nicht informiert worden und konnte aus der Ferne nicht adäquat auf die Krisen reagieren.

Auch nach der jüngsten Koalitionsvereinbarung zwischen VMRO-DPMNE und DUI verhält sich die DPA alles andere als konstruktiv und boykottiert aus Protest seit Anfang der Woche das Parlament.

Auf dem Weg zur interethnischen Aussöhnung?

Mit dem Parlamentsboykott kopiert Thaci die Handlungsweise des Rivalen: die DUI hatte nach den Parlamentswahlen 2006 aus Protest über die Nichtbeteiligung an der Regierung die Parlamentsarbeit für fast ein halbes Jahr zum Stillstand gebracht. Doch die DPA, die jetzt nur über 11 Sitze im Parlament und auf lokaler Ebene über deutlich weniger Unterstützung in der Bevölkerung als die DUI verfügt, hat in diesem Fall und mit Blick auf die Kommunalwahlen mehr zu verlieren.

Dennoch: Es bleibt abzuwarten, wie stabil sich die Regierungskoalition zwischen den ehemaligen Gegnern von 2001 im politischen Alltag erweist: Die neue „Mannschaft“ wird mit zehn Ministern der VMRO-DPMNE und fünf der DUI antreten. Nach ersten Verlautbarungen erhält die DUI die folgenden Ressorts: Wirtschaft, Arbeit und Soziales, lokale Selbstverwaltung, Umwelt und Gesundheit. Daneben wird wie bereits in der Vorgängerregierung ein Albaner den Vizepremierposten mit Zuständigkeit für die Implementierung des Ohrid-Abkommens erhalten.

DUI zeigt sich moderat

Die kurze Koalitionsverhandlungsdauer unterstreicht einerseits die starke Stellung von Gruevski, andererseits die offensichtliche Bereitschaft von DUI-Chef Ahmeti, beträchtliche Kompromisse zugunsten der Regierungsbevölkerung einzugehen. Dabei wurden wichtige Forderungen Ahmetis, die dieser noch im

Wahlkampf gestellt hatte (und die ähnlich zu denen der DPA sind), vorerst fallen gelassen. So wurde zwar mit der VMRO-DPMNE vereinbart, Gespräche über ein neues Gesetz zu den Staatssprachen fortzuführen (um das Albanische dem Mazedonischen gleichzustellen). Dagegen soll die finanzielle und soziale Absicherung der Widerstandskämpfer nicht mehr mit einem neuen Gesetz festgelegt, sondern mit den bestehenden Rechtsakten geregelt werden.

Weitere zentrale Forderungen der DUI wie Neuerungen zum Gesetz über nationale Symbole (zum Gebrauch der albanischen Flagge) und zum Polizeigesetz (zur Ernennung von lokalen Polizeichefs auf Ebene der Kommunen) wurden – für diese Regierungsperiode – fallen gelassen. Dennoch betont der stellvertretende Vorsitzende der DUI, dass seine Partei „mit dieser Koalition alle gestellten Ziele erreicht hat und gleichzeitig das Parteiprogramm ein Teil des Regierungsprogramms geworden ist“.² Dem gegenüber hat seine Partei der Verhandlungsführer des mazedonischen Partners zur Lösung des Namensstreits mit Griechenland zugestimmt, ebenso wie dessen EU- und NATO-Beitrittsstrategie.

Schwerpunkte des Regierungsprogramms

Die zügige euroatlantische Integration Mazedoniens bleibt Priorität für die neue Regierung. In diesem Zusammenhang nannte der Pressesprecher der VMRO-DPMNE die Korruptionsbekämpfung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, die Umsetzung des Ohrid-Abkommens, aber auch die Fortsetzung wirtschaftlicher Reformen und Maßnahmen zur Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit (35%) als wichtigste Arbeitsschwerpunkte für die neue Regierung.³

² Xhevad Ademi zitiert nach Macedonian Information Agency MIA, mia.com.mk, 7.7.08.

³ Ein weiteres Ziel der neuen Regierung ist die Verabschiedung einer Geschäftsordnung für das mazedonische Parlament, wo die Abgeordneten bisher ohne Richtlinien zur Begrenzung von Redezeten und ohne sitzungsfreie Wochen für die Tätigkeit in ihren Wahlkreisen arbeiten. Siehe MIA, a.a.O.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Mazedonien sei bereit, die „Benchmarks“ der europäischen Kommission⁴ bis Ende die-
AUSLANDSBÜRO MAZEDONIENses Jahres zu erfüllen, so Außenminister Mi-
HENRI BOHNET lososki. Doch gäbe es noch einige Herausforderungen, darunter der Konflikt mit Griechenland: „Das ist unsere Aufgabe und wir werden durch unsere eigenen Anstrengungen zur Überwindung des Problems beitragen.“ Die Lösung des Namensstreits sollte keine zusätzliche Bedingung für den Beitritt sein: „Die EU muss ihre Glaubwürdigkeit bewahren“, sagt Milososki mit Blick auf die Copenhagen-Beitrittskriterien.⁵

11. Juli 2008

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

⁴ Diese beinhalten u.a. die volle Umsetzung des Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens mit Brüssel, Umsetzung der Bestimmungen des bestehenden Polizeigesetzes, Korruptionsbekämpfung und Reformen im Justiz- und Verwaltungswesen.

⁵ Zitiert nach balkantimes.com, 5.7.08.